Inhaltsverzeichnis

Christian Waldhoff / Rainer Hüttemann
Steuerrecht in Forschung und akademischem Unterricht an der Universität Bonn 1

Anhang 1: Zusammenstellung der steuerrechtlichen Lehrveranstaltungen an der Universität Bonn 1923 – 2007 28

Anhang 2: Akademische Qualifikationsschriften zum Steuer-Bilanz- und Finanzrecht 1818 – 2007 42

Hinweise zum Wiederabdruck 56

Albert Hensel
Der Einfluß des Steuerrechts auf die Begriffsbildung des öffentlichen Rechts 57

Albert Hensel,
Welche Funktion hat das Finanz- und Steuerrecht im wissenschaftlichen Unterricht zu erfüllen? 95

Albert Hensel
Grundsätzliches zur Frage der Besteuerung öffentlicher Betriebe 107

Werner Flume
Die Organschaft im Handels- und Steuerrecht 121

Werner Flume
Die Betriebsertragsteuer als Möglichkeit der Steuerreform 143

Werner Flume
Steuerrechtsprechung und Steuerrecht 155

Josef Isensee
Steuerstaat als Staatsform 187

Josef Isensee
Das Billigkeitskorrektiv des Steuergesetzes 217

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/988444143

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

Brigitte Knobbe-Keuk
Die Besteuerung des Gewinns der Personengesellschaft und der Sondervergütungen einer Gesellschaft 241

Brigitte Knobbe-Keuk
Möglichkeiten und Grenzen der Unternehmenssteuerreform 353

Brigitte Knobbe-Keuk
Steuerliche Schranken der Mobilität von Gesellschaften in Europa..... 375

Franz Wassermeyer
Die Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen..... 405

Franz Wassermeyer
Rechtssystematische Überlegungen zum Werbungskostenbegriff..... 431

Franz Wassermeyer
Die beschränkte Steuerpflicht 455

Wolfgang Schön
Der Gewinnanteil des Personengesellschafters und das Einkommen der Personengesellschaft..... 485

Wolfgang Schön
Die verdeckte Gewinnausschüttung – eine Bestandsaufnahme..... 505

Grundsätzliches zur Frage der Besteuerung öffentlicher Betriebe*

Albert Hensel

Inhaltsübersicht

I. Die weltanschauliche Grundlage 108

II. Folgerungen 110

III. Verteuerungen der Produkte und Ausnutzung der Wirtschaftskraft 112

IV. Das Finanzausgleichsproblem 114

V. Das Problem der Rechtsformen 115

VI. Ausbau des Reichsbesteuerungsgesetzes 118

Die Organschaft im Handels- und Steuerrecht*

Methodologische Betrachtungen zur Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs

Werner Flume

Inhaltsübersicht

I. Einleitung 122

II. Der Ergebnisabführungsvertrag als Ausgangspunkt der Rechtsprechung des BFH zur Organschaft 123

III. Die Stellungnahme des BFH zum Ergebnisabführungsvertrag als betrieblichem oder gesellschaftsrechtlichem Vorgang 124

IV. Die „wirtschaftliche Betrachtung" in der Argumentation des BFH zum Ergebnisabführungsvertrag ... 126

V. Die Beseitigung der Doppelbesteuerung als Rechtfertigung der Anerkennung der Organschaft in der Rechtsprechung des BFH 127

VI. Der Gegensatz von RFH und BFH in der Rechtfertigung der Anerkennung der Organschaft 129

VII. Das methodische Problem der Anerkennung der Organschaft 130

VIII. Die Einordnung der Anerkennung der Organschaft in das geltende Körperschaftsteuerrecht 131

IX. Die Einheits- oder Filialtheorie und die Anerkennung der Organschaft 134

X. Der Gegensatz der Rechtsprechung des RFH und des BFH zu Einzelfragen der Organschaft 135

XI. Die subjektive Körperschaftsteuerpflicht der Organgesellschaft und die steuerlichen Rechtsfolgen der Organschaft 137

Die Betriebsertragsteuer als Möglichkeit der Steuerreform*

Werner Flume

Inhaltsübersicht

I. **Privates Einkommen und Unternehmensgewinn** 143

II. **Die derzeitige Einkommensteuer als Unternehmensteuer** 145

III. **Die Berechtigung der Körperschaftsteuer als Unternehmensteuer und die Frage der Einkommensbesteuerung von Dividende und Arbeitnehmer-Gewinnbeteiligung** 147

IV. **Die Ausweitung der Körperschaftsteuer zur Betrieb- und Unternehmensteuer** 150

V. **Das Aufgehen der Gewerbesteuer in der Unternehmensteuer und die Bemessung des Unternehmensertrages als Grundlage der Unternehmensteuer** 151

VI. **Zusammenfassung** 153

Steuerrechtsprechung und Steuerrecht

Werner Flume

Inhaltsübersicht

I. Das Verhältnis von Steuerrechtsprechung und Steuerrecht als immer wieder aktuelles Grundthema des Steuerwesens . 155

II. Die positivistische Natur des Steuerrechts 157

III. Möglichkeiten und Grenzen der Steuerrechtsprechung in Anbetracht der positivistischen Natur des Steuerrechts 161

IV. Die Analogie im Steuerrecht 167

V. Die Änderung der Steuerrechtsprechung gegenüber einem Rechtszustand kraft Rechtsanwendung 176

Steuerstaat als Staatsform

Josef Isensee

Inhaltsübersicht

I. **Ein Topos der Staatsrechtslehre** 188

II. **Der finanzwissenschaftliche Staatstypus** 190

III. **Staatstheoretische und wirtschaftspolitische Strukturelemente des Steuerstaates** 193

IV. **Das Problem der verfassungsrechtlichen Relevanz vorgegebener Staatsstrukturen** 198

V. **Die prinzipielle Unzulässigkeit öffentlicher Dienstverpflichtungen** 200

VI. **Gemeinlast, Gemeinsinn, Individualfreiheit** 202

VII. **Die Steuerhoheit als Wesensmerkmal grundgesetzlicher Staatsgewalt** 204

VIII. **Die Verteilung der Finanzmacht im Bundesstaat** ... 205

IX. **Die Steuer als Regeltypus der Geldlast und die nichtsteuerlichen Abgaben** 207

X. **Grundgesetzliche Rudimente des Unternehmerstaates** 209

XI. **Der soziale Steuerstaat** 211

XII. Die immanenten Grenzen des Steuerstaates und seine unverfügbaren Voraussetzungen 212

XIII. Der Steuerstaat als verfassungsdogmatisches Koordinatensystem 214

Das Billigkeitskorrektiv des Steuergesetzes*

Rechtfertigung und Reichweite des Steuererlasses im Rechtssystem des Grundgesetzes

Josef Isensee

Inhaltsübersicht

I. Das Erfordernis der verfassungsrechtlichen Legitimation 218

1. Die verfassungsrechtliche Relevanz 218
2. Der verfassungsrechtliche Konfliktstoff: Tatbestandsmäßigkeit, Lastengleichheit, Publizität 220

II. Rechtfertigung und Auslegung des Steuerdispenses aus dem allgemeinen Steuergesetz 224

1. Das Erfordernis einer iusta et rationabilis causa 224
2. Gesetzesgerechtigkeit und Einzelfallgerechtigkeit 226
3. Der Dispens als typologische Reduktion des allgemeinen Gesetzes 226
4. Die Synchronisierung von Tatbestand und Rechtsfolge der Dispensermächtigung 229
5. Das Ausnahmeregulativ 230
6. Die Unzulässigkeit gesetzeswidriger und gesetzesfremder Dispensgründe 231
7. Sachliche und persönliche Dispensgründe des Steuerschuldrechts 233
8. Das Sonderproblem der Dispensgründe des Steuerverwaltungsrechts 234

III. Der Steuererlaß als Vehikel verfassungsrechtlicher Differenzierungsgebote 235

1. Grundrechtliche Entlastung des generalisierenden Gesetzgebers? 235

2. Die Mutation vom Normendispens zur Normenkontrolle 237
3. Keine Normensanierung durch Dispens 237
4. Typologie der Ausnahmetatbestände 238
5. Die Relevanz der Grundrechte für die Bestimmung des Dispensfalles 239

Die Besteuerung des Gewinns der Personengesellschaft und der Sondervergütungen der Gesellschaft*

Brigitte Knobbe-Keuk

Inhaltsübersicht

Einleitung 244
Grundlegung: Die Regelung des Gesetzes 246

I. Der Gewinnanteil des Gesellschafters 250
1. Die Ermittlung des laufenden Gewinns der Gesellschaft 250
a) Einheitliche Bilanzierung bei der Gesellschaft 251
aa) Allgemeines 251
bb) Die Reinvestitionsvergünstigung nach § 6b EStG 252
cc) Sonderabschreibungen u.ä. 255
dd) Bewertungsfreiheiten, die an persönliche Eigenschaften des Steuerpflichtigen anknüpfen 257
ee) Die steuerfreie Rücklage nach § 3 AuslInvG 257
ff) Ordnungsmäßigkeit der Buchführung der Gesellschaft 258
gg) Keine Vervielfachung von Besteuerungsfreigrenzen und Abzugsgrenzen 259
b) Schuldrechtliche Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter 259
aa) Allgemeines 259
bb) Forderungserlaß durch den Gesellschafter und § 11 Nr. 4 KStG 262
cc) Tätigkeitsvergütungen an den Gesellschafter 263
dd) Pensionsrückstellungen zugunsten eines Gesellschafters 265
c) Entnahmen und Einlagen hinsichtlich des Gesellschaftsvermögens 269
d) Die Beteiligung der Personengesellschaft an einer

Kapitalgesellschaft 272
aa) Einbehaltene Kapitalertragsteuer als Bestandteil des Gewinns der Gesellschaft 272
bb) Schachtelprivileg bei Zwischenschaltung einer Personengesellschaft? 273
2. Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebes der Gesellschaft 277
a) Verwirklichung des Steuertatbestandes durch die Gesellschaft 277
b) Kein Steuertatbestand bei Wegfall des negativen Kapialkontos des Kommanditisten im Rahmen der Liquidation der Gesellschaft 278
c) Beurteilung eines Vorganges als Veräußerung oder Aufgabe des Gewerbebetriebs allein nach den Verhältnissen der Gesellschaft 279
d) Wahlrecht der Gesellschaft bei Betriebsverpachtung . 282
3. Die Verteilung des Gewinns bzw. Verlustes der Gesellschaft auf die Gesellschafter 282
a) Die Verteilung steuerlicher Mehr- und Minderergebnisse 283
aa) Die Zurechnung von Entnahmen aus dem Gesellschaftsvermögen 283
bb) Mehrgewinne infolge der Nichtanerkennung bestimmter Aufwendungen als abzugsfähige Betriebsausgaben 286
cc) Mehrgewinne auf Grund unterschiedlicher Bewertung in der Handelsbilanz und „Steuerbilanz“ 286
b) Verlustzuteilung an den Kommanditisten bei Erschöpfung seiner Einlage? 289
aa) Die Haftung des Kommanditisten für die Schulden der Gesellschaft 289
bb) Die handelsrechtliche Verteilung des jährlichen Verlustes der Gesellschaft 290
cc) Die bisherige steuerrechtliche Behandlung des Kommanditisten bei Erschöpfung seiner Einlage 292
dd) Die einkommensteuerrechtliche Konsequenz der dem Handelsrecht gemäßen Bewertung der Stellung des Kommanditisten 293

II. Die Sondervergütungen des Gesellschafters 299
1. Die Tätigkeitsvergütungen 299
a) Die Problematik der Eingrenzung 299
b) Der Begriff der Tätigkeitsvergütungen vor dem Hintergrund der Gewerbesteuer 304
c) Fazit für das EStG und das GewStG 311
2. Sondervergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern des Gesellschafters 313
a) Die Frage eines Sonderbetriebsvermögens des Gesellschafters 313
aa) Die Ermittlung der Einkünfte im Sinne des § 15 Nr. 2 EStG 314
bb) Besonderer Gewerbebetrieb des Gesellschafters neben dem Gewerbebetrieb der Gesellschaft? ... 317
b) Die gewerbesteuerliche Behandlung der an den Gesellschafter gezahlten Miet-, Pacht- und Darlehenszinsen 323

III. Ergebnis: Die Einkünfte des Gesellschafters aus Gewerbebetrieb 327

IV. Das Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung ... 328
1. Einleitung 328
2. Keine „einheitliche" Feststellung der Verhältnisse, die nur einen Gesellschafter persönlich betreffen 330
a) Die Sonderbetriebsausgaben 330
b) Veräußerungs- und Entnahmegewinne des Gesellschafters hinsichtlich eines etwaigen „Sonderbetriebsvermögens" 336
c) Die Unterbeteiligung an einem Gesellschaftsanteil .. 337
3. Der Gegenstand der einheitlichen Gewinnfeststellung .. 341
a) Die mit dem Gewinn der Gesellschaft und dessen Verteilung zusammenhängenden Fragen 341
b) Sondervergütungen und Veräußerungsgewinne nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG 343
c) Zusammenfassung 344
4. Die Klage gegen den Gewinnfeststellungsbescheid nach § 48 Abs. 1 Nr. 3 FGO 345
a) Einleitung 345

b) Verfassungsrechtliche Bedenken gegen § 48 Abs. 1 Nr. 3 FGO? 347
c) Folgerungen aus dem Verständnis der Klage nach § 48 Abs. 1 Nr. 3 FGO als einer solchen der Gesellschaft 348

Möglichkeiten und Grenzen einer Unternehmenssteuerreform*

Brigitte Knobbe-Keuk

Inhaltsübersicht

I. **Einleitung** 353

II. **Die „Abkopplung" des Körperschaftsteuersatzes vom Einkommensteuerspitzensatz – Vertiefung der Rechtsformunterschiede** 356

III. **Selbsthilfe der Steuerpflichtigen zur Herstellung von Rechtsformneutralität** 357
1. Gestaltungsspielräume und ihre Risiken 358
2. Hindernisse bei rechtlicher Umstrukturierung 359

IV. **Besteuerung der Privatperson – Besteuerung der Unternehmen: Personensteuer – Objektsteuer** .. 361
1. Vermögensteuer 366
2. Gewerbesteuer 368

Steuerliche Schranken der Mobilität von Gesellschaften in Europa*

Brigitte Knobbe-Keuk

Inhaltsübersicht

I. Einleitung 376

II. Nationale Steuervorschriften auf dem gemeinschaftsrechtlichen Prüfstand – Einführung 378

III. Beschränkungen der Unternehmensumstrukturierung und des Umzugs von Gesellschaften 382
1. Ausgangslage 382
2. Die Fusionsrichtlinie – Überblick 383
3. Die Fusionsrichtlinie – Anteilstausch 385
4. Die Fusionsrichtlinie – Mißbrauchsklausel 386
5. Nicht durch die Fusionsrichtlinie beseitigte Beschränkungen 388

IV. Beschränkungen der laufenden grenzüberschreitenden Tätigkeit 390
1. Das Grundübel: Nebeneinander verschiedener Körperschaftsteuersysteme 391
2. Absenkung der deutschen Quellensteuersätze in Folge der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 50 % 392
3. Die Mutter-Tochter-Richtlinie 392
4. Die Missbrauchsklauseln der Mutter-Tochter-Richtlinie .. 394
   a) Mindestbeteiligungsdauer 394

b) Allgemeine Mißbrauchsklausel (Art. 1 Abs. 2) 395
5. Art. 52 EWG-Vertrag und der deutsche Betriebsstätten-körperschaftsteuersatz von 46 % 398
6. Gesellschafterfremdfinanzierung 399
7. Zur Behandlung von Auslandsverlusten 402

V. Schluß 403

Die Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen*

Franz Wassermeyer

Inhaltsübersicht

I. Einleitung 406

II. Ableitung der Begriffe „notwendiges" und „gewillkürtes" Betriebsvermögen aus dem Gesetz 408
1. §§ 4 und 5 EStG 408
2. Maßgeblichkeitsgrundsatz 408
3. Herkunft der Unterscheidung 409
   a) Rechtsprechung des RFH 409
   b) Rechtsprechung des BFH 410

III. Betriebsvermögen und Veranlassungsprinzip 412
1. Die Bestimmung des Betriebsvermögensbegriffes nach allgemeinen Methoden der Gesetzesauslegung 412
2. Die betrieblich veranlaßte Anschaffung und Herstellung sowie die Einlage von Wirtschaftsgütern 413
   a) – d) Fallgruppen 414
3. Abweichungen gegenüber der herrschenden Meinung ... 416
   a) Freiheit in der Bindung von (gewillkürtem) Betriebsvermögen 417
   b) Das Erfordernis eines nach außen auftretenden Willensentschlusses 418
   c) Widmungsakt 418

IV. Die steuerliche Behandlung der Wirtschaftsgüter nach Begründung der Betriebsvermögenseigenschaft 419

1. Die Bildung von Betriebsvermögen durch Stpfl., die ihren Gewinn nach § 4 Abs. 3 EStG ermitteln 419
2. Gleichstellungsthese 421
3. Zurechnungskonkurrenzen 422

V. Die Behandlung gemischtgenutzter Wirtschaftsgüter 423
1. Der Begriff „gemischtgenutztes Wirtschaftsgut" 423
2. Die sog. herrschende Meinung 423
3. Kritik an der herrschenden Meinung 424
4. Die einheitliche Zuordnung von Wirtschaftsgütern 425
5. Die quotale Zuordnung unter Veranlassungsgesichtspunkten als Sachgesetzlichkeit des Steuerrechts 426
a) – d) Fallgruppen 427

VI. Zusammenfassung 428

Rechtssystematische Überlegungen zum Werbungskostenbegriff*

Franz Wassermeyer

Inhaltsübersicht

I. **Vorbemerkung** 432

II. **Die Unterschiede in den methodischen Ansatzpunkten** .. 433
1. Die sich gegenüberstehenden Meinungsgruppen 433
2. Das Problem an Hand von zwei praktischen Beispielen 434
3. Gibt es nichtabziehbare Werbungskosten? 435
4. Führt die Anwendung von § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG zu nichtabziehbaren Werbungskosten? 437
5. Enthält § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG ein Aufteilungsverbot? .. 439

III. **Die für die Auslegung des Werbungskostenbegriffs maßgeblichen Kriterien** 441
1. Allgemeines 441
2. Das Verhältnis des Grundsatzes der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zum Werbungskostenbegriff 442
3. Ist der Werbungskostenbegriff nach subjektiven und/oder objektiven Kriterien auszulegen? 444
4. Die Behandlung unfreiwilliger (Zwangs-)Aufwendungen 448

IV. **Gesetzlich geregelte Konkurrenzen zwischen beruflicher (betrieblicher) Veranlassung und „privater" Einflußnahme** 450
1. Allgemeine Abgrenzungskriterien 450
2. § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 EStG als Konkurrenzproblem 453

V. **Zusammenfassung** 454

Die beschränkte Steuerpflicht*

Franz Wassermeyer

Inhaltsübersicht

I. Einführung 457

II. Die Schranken bei der Besteuerung von Steuerausländern 457
1. Zur Herkunft des Begriffes „beschränkte Steuerpflicht“ 457
2. Die völkerrechtlichen Schranken bei der Besteuerung von Steuerausländern 458
   a) Verbot der Doppelbesteuerung 459
   b) Territorialprinzip als Rechtsprinzip 459
   c) Völkerrechtliches Gewohnheitsrecht 459
   d) Verbot des Rechtsmissbrauchs 460
   e) Gebot der internationalen Rücksichtnahme 460
3. Die sich aus sog. Besteuerungsprinzipien ergebenden Schranken für die Besteuerung von Steuerausländern ... 461

III. Die beschränkte Steuerpflicht als Ordnungsprinzip innerhalb des geltenden deutschen Steuerrechts 462
1. Ordnungsprinzip und Gleichmäßigkeit der Besteuerung . 462
2. Anknüpfungspunkte für die inländische Besteuerung ... 462
   a) Beschränkung auf inländische Einkünfte (Vermögen) 462
   b) Einzelne Anknüpfungspunkte im Vergleich untereinander 464
      aa) Die ungleiche Behandlung der Einkünfte aus selbständiger und aus nichtselbständiger Arbeit .. 464
      bb) Die ungleiche Behandlung der Gewinneinkünfte untereinander 464
      cc) Die unterschiedliche Behandlung der Gewinn-

und der Überschußeinkünfte 465
dd) Die „isolierende Betrachtungsweise" 466
3. Die Unterschiede in den Bemessungsgrundlagen 469
a) Allgemeine Überlegungen 469
b) Die Ungleichbehandlung zwischen unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen 469
c) Ungleichbehandlung beim Verlustausgleich bzw. -abzug 471
d) Abgeltungswirkung des § 50 Abs. 5 EStG 472
e) Die Ungleichbehandlung zwischen einzelnen beschränkt steuerpflichtigen Einkunftsarten 472
aa) Einkünfte aus selbständiger und aus nichtselbständiger Arbeit 472
bb) Unterschiedlicher Abzug von Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten und Ausschluß vom Lohnsteuer-Jahresausgleich 473
cc) Ungleichbehandlung beim Sonderausgabenabzug 474
4. Tarifmäßige Ungleichbehandlungen 474
a) Nichtgewährung des Splitting-Tarifs und Fehlen eines Progressionsvorbehaltes 474
b) Ungleiche Quellensteuersätze 475
aa) Steuerabzug vom Kapitalertrag nach § 50a EStG . 475
bb) Steuerabzug vom Arbeitslohn 476
c) Versagung der Körperschaftsteueranrechnung bzw. -vergütung gegenüber Steuerausländern 476
5. Beschränkte Steuerpflicht und Mißbrauch 477

IV. Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht 478
1. Systemunterschiede gegenüber der normal beschränkten Steuerpflicht 478
2. Die nicht-ausländischen Einkünfte (Vermögen) als Anknüpfungspunkt der erweiterten beschränkten Steuerpflicht 479
3. Die Abkehr vom Schedulensystem 480
4. Die deutsche Staatsangehörigkeit als Tatbestandsvoraussetzung der erweiterten beschränkten Steuerpflicht 481
5. Die Niedrigbesteuerung im Ausland als Tatbestandsvoraussetzung der erweiterten beschränkten Steuerpflicht 481

V. Zusammenfassung und Fazit 482
1. Zusammenfassung 482
2. Fazit 483

Der Gewinnanteil des Personengesellschafters und das Einkommen der Personengesellschaft*

Wolfgang Schön

Inhaltsübersicht

I. **Einführung** 486

II. **Zum Begriff des „Gewinnanteils“** 488

III. **Die unmittelbare Zurechnung des Gesellschaftsgewinns** 490
1. Der heutige Stand in Lehre und Rechtsprechung 490
2. Die Gesellschafter als Träger des Gesellschaftsbetriebes 491
3. Das „Recht auf Bezug“ des Gewinnanteils 493
4. Der Gewinnanteil als Einkommen der Personengesellschaft 496

IV. **Zur materiellen Steuerpflicht der Personengesellschaft** 498
1. Das „Steuerentnahmerecht“ des Gesellschafters 498
2. Die Gesellschaft als Träger von Steuervergünstigungen 500

V. **Der Gewinnanteil als Einkommen des Gesellschafters** 501

VI. **Schluß** 504

Die verdeckte Gewinnausschüttung – eine Bestandsaufnahme*

Wolfgang Schön

Inhaltsübersicht

I. Einkommen und Steuerkraft juristischer Personen ... 506

II. Einkommensbegriff und verdeckte Gewinnausschüttung ... 508
1. Einkommenserzielung und Einkommensverwendung ... 508
2. Die Privatsphäre im Körperschaftsteuerrecht ... 512

III. Der Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung ... 515
1. „Alte" und „neue" Definition des Bundesfinanzhofs ... 515

IV. Die Grundausstattung der juristischen Person und die verdeckte Gewinnausschüttung ... 517
1. Fragestellung ... 517
2. Zweck, Gegenstand und andere Vorgaben des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung ... 517
3. Wettbewerbsverbote und Geschäftschancen ... 519
   a) Wettbewerbsverbote ... 519
   b) Geschäftschancen ... 521
4. Die sachliche und personale Ausstattung der Gesellschaft ... 523

V. Das laufende Geschäft der juristischen Person und die verdeckte Gewinnausschüttung ... 525
1. Die gesellschaftsrechtliche Veranlassung ... 525
   a) Stand der Rechtsprechung ... 525
   b) Historische Entwicklung ... 527

c) Zivilrechtliche Wirksamkeit 529
aa) Formale Wirksamkeitsvoraussetzungen 529
bb) Scheingeschäft und Ernstlichkeit 530
d) Angemessenheit und Üblichkeit 533
e) Sonderregeln für den beherrschenden Gesellschafter . . . 535
f) Gewinnabsaugung und variable Vergütungsbestandteile 537
2. Zuwendungen an dritte Personen 540
3. Der Umfang der Vermögensschmälerung 541
a) Vermögensminderung und verhinderte Vermögensmehrung 541
b) Der Saldierungsbereich von Vor- und Nachteilen 543
c) Liquiditäts- oder Kapitalnachteile (Darlehen) 544